

Landespressekonferenz am 06.05.2019, 11:00 Uhr, Stuttgart

**Vorstellung der forsa-Repräsentativbefragung:**

**„Die Schule aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter – Digitalisierung und Digitale Ausstattung an Schulen“**

Durchgeführt im Auftrag des VBE Baden-Württemberg  
und des VBE Bundesverbandes

Gerhard Brand  
Landesvorsitzender  
VBE Baden-Württemberg  
Stellvertretender Bundesvorsitzender VBE

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Digitalpakt kommt! Das große Problem: In der Zeit des bangen Wartens, der Verhandlungen und des Suchens nach Geld, haben viele Länder ihre Investitionen erst einmal auf Eis gelegt. Alle starrten wie gebannt nach Berlin. Schließlich wurden im Oktober 2016 fünf Milliarden Euro angekündigt. Und jeder wollte sein Stück des Kuchens abbekommen. Solange also nicht klar war, wie die Aufteilung erfolgt und wie viel die Länder selbst zusteuern müssen, war die Lauerposition das Gebot der Stunde. Obwohl die Digitalisierung von Schulen, also das Lernen in der digitalen Welt, von überall propagiert wurde, passierte konkret vor Ort fast nichts. Dabei gilt nach wie vor: Von Sonntagsreden allein werden keine Kabel verlegt. Das zeigt sich auch deutlich an den Werten, die ich Ihnen heute vorstellen möchte und zu denen wir teilweise Vergleichswerte von 2014 vorlegen werden. Gerade dieser Vergleich, das möchte ich schon vorweg sagen, macht deutlich, wie dramatisch die digitale Ausstattung der Schulen dem gesellschaftlichen Wandel hinterherhinkt.

Wir sind uns bewusst, dass es sehr unterschiedliche Positionen bei der Frage nach der Nutzung digitaler Endgeräte und entsprechender Methoden im Unterricht gibt. Sie kennen diejenigen, die Kinder mindestens bis zu deren 14. Geburtstag am liebsten von digitalen Endgeräten fernhalten würden. Sie kennen aber auch Digitalisierungsenthusiasten, die sämtlichen Unterricht nur noch mit Tabletcomputern gestalten möchten. Beides halten wir nicht für richtig!

Lehrkräfte tun, was sie tun müssen, um Schülerinnen und Schüler optimal auf ihr weiteres Leben vorzubereiten. Sie sind darum bemüht, nah an der Lebensrealität zu bleiben und die Kinder dabei zu unterstützen, zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern dieser Gesellschaft heranzuwachsen. Dazu gehört auch die Vermittlung von Medienkompetenz. Jeder Methode, die einen pädagogischen Mehrwert bringt, stehen sie offen gegenüber. Der Einsatz digitaler Endgeräte und Methoden, die Intensität der Nutzung und die dafür notwendigen Kompetenzen müssen aber abhängig von dem Alter der Schülerinnen und Schüler und der Schulform bewertet werden.

Wir haben forsa damit beauftragt, eine repräsentative Umfrage unter Schulleitungen durchzuführen. Es wurden von Januar bis März 2019 bundesweit über 1.200 Schulleiterinnen und Schulleiter zur Ausstattung ihrer Schule, der Vorbereitung der Lehrkräfte und den Auswirkungen durch die EU-Datenschutzgrundverordnung befragt. Von den Befragten sind mehr als ein Fünftel aus Baden-Württemberg, wir haben für unser Bundesland also eine große repräsentative Stichprobe. Die Ergebnisse zeigen in aller Deutlichkeit, wie dringend die Investitionen des Bundes aber auch der Länder und Kommunen gebraucht werden. Und sie zeigen noch mehr.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die KfW, erhebt jährlich in ihrem Kommunalpanel die Höhe der notwendigen, aber bisher nicht getätigten Investitionen in den Kommunen. Für den Schulbereich wurde 2017 bundesweit eine Investitionslücke von 32,8 Milliarden Euro festgestellt, die sich in nur einem Jahr auf 47,7 Milliarden Euro im Jahr 2018 ausweitete. Insgesamt erweisen sich die Schulen damit als der Infrastrukturbereich mit dem größten Investitionsstau – und zwar mit deutlichem Abstand noch vor der Straßen- und

Verkehrsinfrastruktur und den öffentlichen Verwaltungsgebäuden. In keinem anderen Infrastrukturbereich fehlt es so massiv an Investitionen wie bei den Schulen.

Wenn man dies mit den Ergebnissen unserer Umfrage zusammenführt, wird bewusst, was Investitionsstau ganz konkret heißt. So sagen nur vier von zehn Schulleitungen, dass es in allen Klassen- und Fachräumen Zugang zum schnellen Internet und WLAN gibt. Baden-Württemberg schneidet damit kaum besser ab als der Rest der Republik. Bundesweit geben gut ein Drittel der Schulleitungen an, in den Klassen- und Fachräumen über ein schnelles Internet und WLAN zu verfügen – zwei Drittel eben nicht! Weiterer Investitionsbedarf zeigt sich bei der Ausstattung mit digitalen Endgeräten: In Baden-Württemberg sagen nur 37 Prozent der Schulleitungen, dass es mindestens einen Klassensatz an Tablet-PCs und Smartphones für die Schülerinnen und Schüler gibt – zwei Drittel eben nicht! Im Vergleich zu 2014 ist das Ergebnis damit deutlich besser. Hier waren es nur 12 Prozent der befragten Lehrkräfte, die dies sagten. Allerdings: Wenn wir uns weiter in der Geschwindigkeit bewegen, erreichen wir den Wert, dass alle Schulen Klassensätze digitaler Endgeräte haben, erst im Jahr 2032. Das kann man machen, aber man darf dann nicht mehr vom Bildungsland sprechen oder gar von Bildung auf der Höhe der Zeit. Das ist ungefähr so, wie wenn die digitale Entwicklung in unserer Gesellschaft mit der NASA zum Mond fliegt und wir mit der Schule nach Castrop-Rauxel!

Wenn die mobilen Endgeräte fehlen, greifen die Lehrkräfte notgedrungen auf die Methode „bring your own device“ zurück. Aber das ist keine Methode, das ist ein Offenbarungseid. Die Befragung der Schulleitungen zeigt: Etwa an jeder fünften Schule werden die Geräte der Schülerinnen und Schüler für den Unterricht genutzt. Im Krankenhaus erwartet man ja auch nicht von Ihnen, dass Sie zur Blinddarmoperation das eigene Skalpell mitbringen! Rund ein Viertel gibt an, diese Methode zu benutzen, da es eine hohe Verfügbarkeit der Geräte gibt und es eine moderne Form des Unterrichts ist. Zudem sagen 14 Prozent, dass der Einsatz die Medienkompetenz fördert.

Wir verstehen das Bemühen einzelner Lehrkräfte, trotz fehlender Infrastruktur Medienkompetenz zu vermitteln und neue Anreize innerhalb eines Methodenmixes zu setzen. Wir müssen aufpassen, dass wir uns die Not nicht schön reden. Der VBE setzt sich seit jeher dafür ein, dass der Bildungserfolg unabhängig vom sozio-ökonomischen Status der Eltern sein

muss. Das wird mit der Methode „Bring your own device“ konterkariert. Wir sehen den Einsatz dieser Methode daher äußerst kritisch.

Denn wir sehen auch die Herausforderungen: So sagen rund 70 Prozent der Schulleitungen, dass einzelne Kinder kein Gerät haben, 62 Prozent weisen auf die zu hohe Anforderung für Lehrkräfte hin, auf unterschiedlichen Geräten und unterschiedlichen Systemen Sachverhalte zu erklären. Und fast die Hälfte der Schulleitungen sagt, dass die Gefahr des Mobbing steigt.

Ergänzend zeigte unsere kürzlich gemeinsam mit dem Schreibmotorik Institut veröffentlichte Studie zum Handschreiben, dass Lehrkräfte nicht alle digitalen Endgeräte gleichermaßen geeignet für den Unterricht halten. Die Methode „Bring your own device“ zielt insbesondere auf Smartphones. Diese halten bundesweit aber ein Großteil der Grundschullehrkräfte und eine deutliche Mehrheit der Sekundarschullehrkräfte für kaum bis sehr schlecht für den Unterricht geeignet!

Bildung ist teuer, keine Bildung ist noch teurer! Für den Einsatz digitaler Endgeräte im Unterricht ist ein Bildschirm in Tabletgröße Mindestanforderung. Dafür muss die Politik sorgen! Wir freuen uns deshalb, dass das Geld des Digitalpakts auch für die Ausstattung verwendet werden darf – allerdings unter der ebenfalls zu begrüßenden Einschränkung, dass erst die Infrastruktur bereitzustellen ist. An der Stelle sei aber gesagt: Solange keine pädagogischen Konzepte entwickelt und Lehrkräfte nicht geschult sind, ist das alles wie ein Auto ohne Fahrer: Es steht dumm rum!

Die Infrastruktur muss gewartet werden. Nicht nur im Kontext des Lehrermangels setzen wir uns dafür ein, dass Lehrkräfte von diesen Tätigkeiten entbunden und professionell dafür ausgebildete Personen damit betraut werden. Es ist originäre Aufgabe des Schulträgers! Zwei von drei Schulleitungen geben jedoch an, dass sich Lehrkräfte um die Sicherheit, Stabilität und Aktualisierung der IT-Ausstattung kümmern. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben durch IT-Fachpersonal steigt zwar, allerdings eher im Schneckentempo: Gab es das 2014 bei 41 Prozent der Schulen, geben dies fünf Jahre später 54 Prozent der Schulleitungen an. Die Überdeckung von 100 Prozent liegt hier an einer Kombination von Lehrkraft und fremdem IT-Personal. Das ist übrigens der einzige, dafür aber gravierende Punkt, in dem Baden-Württemberg deutlich hinter den Bundesdurchschnitt zurückfällt.

Es muss erklärtes Ziel bleiben, dass Lehrkräfte sich einfach auf die Infrastruktur verlassen können und selbst nicht mit der Wartung betraut werden. Sie sollen bilden und erziehen – und nicht schrauben und installieren!

So, wie die Wartung der Ausstattung eine zusätzliche Aufgabe ist, so ist es auch die Aneignung der Kenntnisse für den Unterricht mit digitalen Endgeräten. Nach Auskunft der Schulleitungen bilden sich 63 Prozent der Lehrkräfte privat weiter und weitere 64 Prozent konnten an Fort- und Weiterbildungen teilnehmen. Über die Hälfte der Lehrkräfte bilden sich zudem mit der Hilfe von Kolleginnen und Kollegen weiter.

Im Vergleich zu 2014 sehen wir eine positive Veränderung, da sich nicht mehr fast alle sondern in Führungszeichen nur noch knapp zwei Drittel der Lehrkräfte privat fortbilden und sich drei Mal so viele Lehrkräfte in Fort- und Weiterbildungen qualifizieren können. Doch obwohl wir hier Fortschritte machen zeigt sich, dass die Aneignung der benötigten Kenntnisse zu einem großen Teil immer noch das Privatvergnügen der Kolleginnen und Kollegen sein muss. Vom Arbeitgeber kommt hier zu wenig! Wenn es politischer Wille ist, dass Schülerinnen und Schüler Unterricht erhalten, der als eine Methode auch den Einsatz digitaler Endgeräte vorsieht, müssen alle Lehrkräfte

- innerhalb ihrer Dienstzeit an
- von staatlicher Seite angebotenen und bezahlten
- qualitativ hochwertigen und
- stetig evaluierten und entsprechend optimierten

Fortbildungen teilnehmen können. Diese Fortbildungen sind zu verstetigen, da der Fortschritt in der digitalen Welt keine Pause macht und kein Verharren kennt.

Noch etwas ist essenziell. Die Bereitstellung von Arbeitsgeräten durch den Dienstherrn. Zeigen Sie mir mal das Unternehmen, in dem mit höchst sensiblen Daten auf dem Privatgerät hantiert werden darf. Und wenn Lernstandsbeurteilungen, Zeugnisse und individuelle Informationen an die Eltern keine hochsensiblen Daten sind, was dann? Allerdings gibt es nicht Mal an einem Viertel aller Schulen für alle Lehrkräfte dienstliche Computer. Das ist dann

so, als müssten sich vier Chirurgen ein Skalpell teilen. Es geht! Aber ist es auch gut? An knapp 30 Prozent der Schulen gibt es sogar überhaupt keine dienstlichen Computer – außer dem im Sekretariat. Die Daten für Baden-Württemberg unterscheiden sich hier übrigens nur unwesentlich zu den Daten für Gesamtdeutschland. Kurz: Die Versorgung mit dienstlichen PCs an unseren Schulen ist nicht nur eine mittlere Katastrophe, es ist Mittelalter!

Etwas besser, aber auch deutlich leichter zu bewerkstelligen, ist die Situation mit Blick auf dienstliche eMail-Adressen: An der Hälfte der Schulen habe alle Lehrkräfte eine solche. Allerdings gibt es auch an einem Drittel der Schulen überhaupt keine! Das macht aber nichts, denn es fehlen ja in rund einem Drittel aller Schulen auch die dienstlichen PCs, mit denen wir die eMails empfangen könnten. Es ist deshalb nicht gerade ein Lob, wenn wir in diesem Zusammenhang von einem stimmigen System sprechen können. Gerade mit Blick auf die im letzten Jahr verschärften Bestimmungen zum Datenschutz ist dieser Zustand unhaltbar!

Apropos Datenschutz. Die Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung stellt die Schulen vor große Herausforderungen, bei deren Bewältigung sie von Seiten der Politik überwiegend im Stich gelassen werden. So geben 70 Prozent der Schulleitungen an, dass der Arbeitsaufwand durch die Umsetzung der Verordnung langfristig gestiegen ist. Weitere zwei Drittel berichten, dass sie bei der Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung weitestgehend auf sich gestellt waren. Unterstützung erhielten die Schulen durch die Staatlichen Schulämter, die den Schulen, die es aus eigener Kraft nicht leisten konnten, einen Datenschutzbeauftragten der Dienststelle stellten.

Mal wieder eine neue Aufgabe, mal wieder ohne entsprechende Zeitressourcen, mal wieder wird politischer Wille auf dem Rücken der Schulleitungen und Lehrkräfte ausgetragen. So darf es nicht weitergehen.

Meine Damen und Herren, der VBE fordert die verantwortlichen Akteure dazu auf:

1. Ausreichend zu investieren: An der Mehrheit der Schulen in Baden-Württemberg mangelt es im Jahr 2019 noch immer an Zugang zu schnellem Internet und WLAN. Der großen Mehrheit der Schulen fehlt es zudem an digitalen Endgeräten. Hier muss nachgebessert werden!

2. Fortbildungen anzubieten für die Aneignung der Kenntnisse für den Unterricht mit digitalen Endgeräten: Alle Lehrkräfte müssen innerhalb ihrer Dienstzeit an bezahlten und qualitativ hochwertigen Fortbildungen teilnehmen können.
3. IT-Fachpersonal für die Wartung der digitalen Infrastruktur an Schulen einzusetzen. Die Lehrkräfte und Schulleitungen können nicht auch noch den Job von IT-Fachkräften übernehmen.
4. Bei der Bereitstellung der Infrastruktur auch die Ausstattung der Lehrkräfte mitzudenken. Dienst-PC und dienstliche eMail-Adressen für alle Lehrkräfte sind im Zuge der Digitalisierung und in Zeiten verschärfter Datenschutzbestimmungen ein Mindestanspruch.
5. Und für eine Entlastung der Lehrkräfte zu sorgen, die in diesem Feld zusätzliche Aufgaben übernehmen.

Vielleicht beruft sich die Landesregierung demnächst auf das Gewohnheitsrecht, wenn es darum geht Lehrerinnen und Lehrern immer mehr zusätzliche Aufgaben ins Pflichtenheft zu schreiben, ohne dabei für eine angemessene Entlastung zu sorgen.

Wenn Buschtrommeln und Rauchzeichen der Vergangenheit angehören sollen, dann sollten wir uns auf den Weg machen!